

## Irrwitzig ist nicht die Lohnforderung, sondern der Kapitalismus

Die Metaller hätten nicht alle Taschen im Schrank, die Forderung nach 8 Prozent sei angesichts der Börsen- und Finanzkrise „irrwitzig“, so tönt Gesamtmetallchef Martin Kannegeßer. Er macht sich damit vom Täter zum Opfer.

### Kein Verzicht für die Spekulanten

Die internationale kapitalistische Spekulations- und Finanzkrise be-



ruht darauf, dass der Ausbeutungsgrad der Arbeiter in den Betrieben und die Ausplünderung der Massen über den Staat in den letzten Jahren massiv gestiegen ist. Der Reichtum für Spekulanten, Manager und Aktionäre explodierte, so dass der Anteil des spekulativen Kapitals, mit dem an der Börse gezockt wird, gewaltig anstieg. Die Arbeiter und ihre Familien bezahlten die Zeche mit Steuererhöhungen, wachsender Massenarbeitslosigkeit, Preissteigerungen und jahrelanger Lohndrückerei, mit einem gesunkenen Lebensstandard bis hin zu Massenarmut.

### Die kapitalistische Logik scheitert

Jahrelang wurden von allen Autobauern gewaltige Kapazitäten mit neuen Werken in Osteuropa, China und Indien aufgebaut. Doch die Logik, dass der Markt immer weiter wächst und jeder Autobauer den Markt beherrscht und seinen Konkurrenten aussticht, ist gescheitert.

Nun wundert sich die Autoindustrie, dass sich immer weniger Menschen einen Neuwagen leisten bzw. die dafür fälligen Kredite bezahlen können. Das ist aber nur die logische Folge der jahrelangen Lohnrückerei. Im Unterschied zu den Banken werden nun mal die Kredite der kleinen Leute vom Staat nicht ersetzt.

### Die Folgen der Absatzrückgänge sollen die Konzerne tragen

Heuern und Feuern – je nach Auftragslage, das soll mit der Angst um die Arbeitsplätze weiter vorangetrieben werden. Die Flexibilisierung wird mit dem Ausbau von Arbeitszeitkonten auf die Spitze getrieben – die Arbeiter sollen zu Hause bleiben oder an den Wochenenden knüppeln, je nachdem wie es den Chefs gerade passt. Statt die Bänder endlich langsamer zu stellen, werden die Arbeiter zwangsweise nach Hause geschickt. Die Leiharbeiter und die befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen werden als erstes entlassen.

Die Produktionsstillstände werden über Minusstunden und Kurzarbeit

auf die Arbeiter wie auch den Steuerzahler abgewälzt. Die Autokonzerne sind dagegen fein heraus. All das wird den Widerspruch im Kapitalismus zwischen der gewaltig steigenden Produktivität und dem sich verengenden Markt weiter entfalten. Über kurz oder lang wird das in eine Weltwirtschaftskrise münden.

### Ohne Rücksicht auf die Kapitalisten in die Offensive gehen

Die Arbeiter brauchen angesichts ihrer Finanzkrise in der Geldbörse die 8 Prozent mehr Lohn. Das Jammern von Gesamtmetall ist unerträglich. Der Lohnanteil am Umsatz der Metall- und Elektroindustrie machte 2007 nach Angaben des Statistischen Bundesamts gerade mal 16 Prozent von 945 Milliarden Euro aus. Die Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 8 Prozent ent-

*Fortsetzung auf S. 2*

### Banken mit angeschlossener Autoproduktion

Die Spekulation ist zum beherrschenden Faktor im Spiel der internationalen Finanzmärkte geworden. Wie irrsinnig die Zockerei ist, zeigte der Vorgang mit den VW-Aktien am Dienstag, den 28. 10. 08. Allein an diesem Tag machte Porsche geschätzte 30 bis 40 Milliarden Euro Gewinn. Entgegen der Spekulation der Hedge Fonds, die auf sinkende Kurse setzten, trieb Porsche die Kurse mit der Ankündigung in die Höhe, rund drei Viertel der VW-Aktien kontrollieren zu wollen. Bei extrem hohen Kursen verkaufte Porsche günstig eingekaufte Aktien aus seinem Bestand. Der Gewinn an diesem einen Tag ist allein dreimal soviel, wie alle Arbeiter und Angestellten bei VW in einem Jahr verdienen!



## Die Defensive der Herrschenden nutzen

„Verpufft ein Kampf der Metaller angesichts angeordneter Produktionsstillstände nicht wirkungslos?“ – das wird heiß diskutiert. Tatsächlich können die Unternehmer die Wirkung kleinerer befristeter Streiks bei sinkender Auftragslage leichter abfangen.

Das ist jedoch nur ein Argument mehr, nicht lange zu fackeln und mit einem flächendeckenden gewerkschaftlichen Vollstreik in die Offensive zu gehen. Auch in Krisenzeiten müssen die Unternehmer ihren Lieferverpflichtungen nachkommen und stehen in einem harten Konkurrenzkampf – diese Anfälligkeit muss und kann die Arbeiterklasse nutzen.

Dazu fürchten die Herrschenden einen offensiv geführten Streik der Metaller aus politischen Gründen. Dieser kann für Hunderttausende in Deutschland ein Zeichen setzen, den Kampf gegen die ganze Politik der Spekulanten und die Regierung aufzunehmen. Es wird Zeit, dass der gesellschaftliche Reichtum nicht in der Handvoll weniger bleibt! Der Gedanke nach einer Zukunft, in der die Arbeiterklasse die Macht hat, greift weiter um sich.

Umso unverständlicher und kontraproduktiv ist es, wenn von Einigen aus der IGM-Führung schon erste Zugeständnisse an Gesamtmetall signalisiert werden, bevor der Kampf überhaupt begonnen hat. **Notwendig ist, die Urabstimmung einzuleiten und die gewerkschaftliche Kampfkraft bundesweit voll einzusetzen.**

Im Kampf können die Metaller ihre Kraft erkennen. Lassen wir uns nicht gegenüber unseren Kollegen in anderen Ländern aufhetzen. In

Griechenland und Italien kämpften in den letzten Wochen Hunderttausende gegen die Regierungspolitik, gegen Privatisierungen und für höhere Löhne, in Belgien um vorgezogene Lohnerhöhungen. Gemeinsam über Ländergrenzen hinweg bilden die Arbeiter eine unüberwindliche Macht.



## Das Märchen vom Umweltschutz

Nach den 500 Milliarden Staatszusagen an die Banken, will nun die EU über 40 Milliarden Euro den Autokonzernen hinterherwerfen. Sie reagiert damit auf die amerikanische Regierung. Diese subventioniert mit 25 Milliarden Euro die US-Autoindustrie, um sich bei der Entwicklung von Elektroautos einen Vorsprung zu verschaffen. Dabei hat sich die Autoindustrie sowohl in Europa wie auch in den USA seit Jahren gegen die Forderung gewehrt, auf Motoren mit Brennstoffzellen und Elektrotechnik umzustellen. Trotz des begonnenen Umschlags in die weltweite Klimakatastrophe wurden aus reiner Profitgier in der Jagd nach Maximalprofiten und der Beherrschung der Weltmärkte Milliarden von Euro in die Entwicklung Verbrennungsmotoren gesteckt. Andere Entwicklungen werden regelrecht unterdrückt. Auch die von der Bundesregierung geplante Aussetzung der Kfz-Steuer begünstigt in erster Linie große spritfressende Luxuslimousinen. Während die Ersparnis bei einem Kleinwagen wie dem Smart z. B. mit 40,50 Euro eher gering ausfällt, beträgt die Ersparnis bei einem Audi Q7 mit 500 PS dagegen 1.852,80 Euro. Dringend notwendig ist eine schnelle umfassende Umstellung der Automobilproduktion weg von den Verbrennungsmotoren. Diese Umstellung sollen jedoch die Konzerne bezahlen.

Fortsetzung von S. 1

spricht mit knapp 4,8 Milliarden Euro daher noch nicht einmal 2 Prozent des jährlichen Umsatzes in der Metallindustrie. Was Kannegießer als Untergang des Abendlandes an die Wand malt, ist in Wahrheit weniger pro Jahr als ein Zehntel von dem, was der Bank Real Estate von der Bundesregierung über Nacht an Steuergelder zugesprochen wurde.

Notwendig ist, den Kampf für die **volle Durchsetzung** der gewerkschaftlichen Forderung von **8 Prozent Lohn** mit einer **Laufzeit von 12 Monaten** zu führen. Fällig ist darüber hinaus ein Lohnnachschlag für das laufende Jahr, weil die Preise viel höher gestiegen sind als beim letzten Tarifabschluss erwartet.

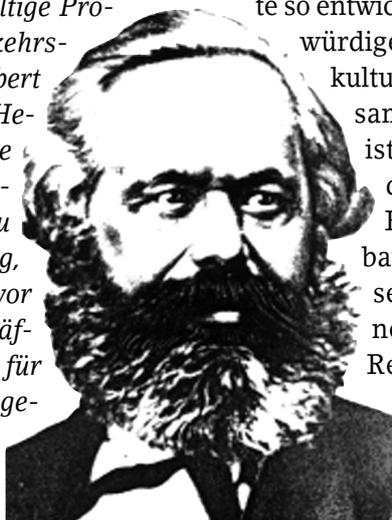
In Verbindung damit ist die Aufnahme des **Kampfs um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** notwendig. Es ist die richtige Antwort auf Marktrückgänge, Arbeitshetze und im Kampf gegen Entlassungen.

Statt Kurzarbeitergeld und Minusstunden auf dem Flexikonto – volle **100-prozentige Bezahlung** der Ausfallzeiten **durch den Unternehmer**.

Für die **Übernahme aller Leiharbeiter** und der **befristet Beschäftigten in feste Arbeitsverträge beim Entleiherbetrieb**.

# Woher kommen Wirtschaftskrisen? – Schlag nach bei Karl Marx!

Bereits in dem berühmten „Kommunistischen Manifest“ von 1847 schrieb er: „... die bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht einem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor ... Die Produktivkräfte sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt ... die bürgerlichen



Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen“. Diese Erkenntnis über den Kapitalismus fußte nicht etwa auf prophetischen Gaben von Karl Marx, sondern auf einer wissenschaftlichen Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus.

Der **Widerspruch** zwischen der **sprunghaft steigenden Produktion** und der **relativen Verarmung der Masse der Bevölkerung** ist im **Kapitalismus unlösbar**. Er wird im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Spitze getrieben. Der Staat als Dienstleister der führenden internationalen Monopole im jeweiligen Land verteilt das Nationaleinkommen in deren Sinne um. Steuererhöhung für die Massen und schrittweise Zerschlagung der Sozialversicherungsleistungen bei gleichzeitiger Steuerbefreiung und massiver Subventionierung der Konzerne, verstärkt dies. Der Widerspruch macht sich in gesetzmäßig auftretenden Überproduktionskrisen Luft. Diese Krisen stellen gewaltsam das Gleichgewicht zwischen Produktion und Markt wieder her, indem massenhaft Kapital und Ware vernichtet werden – so lange, bis sich die Produktion der Aufnahmefähigkeit des Marktes wie-

der angepasst hat und der fehlerhafte Kreislauf von Neuem beginnt! Die Produktivkräfte sind bereits heute so entwickelt, dass ein menschenwürdiges Leben und ein hohes kulturelles Niveau für die gesamte Menschheit möglich ist. Erst durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung können diese ungeheuren Reichtümer anders verwendet werden. Die stets wachsenden Bedürfnisse der Masse der Menschen im Einklang mit der natürlichen Umwelt werden dann immer besser befriedigt.

## Veranstaltung der MLPD:

„90 Jahre Novemberrevolution und der Hamburger Parteitag der MLPD“

## Am 8. November nach Berlin!

Innerhalb einer Woche konnte die Regierung 500 Milliarden Euro für die Spekulanten und Bankiers bereitstellen, während seit Jahren wegen angeblich „leerer Kassen“ für höhere Löhne, mehr Arbeitslosengeld, oder Rentensteigerungen kein Geld da ist.

Genau richtig kommt da die bundesweite Demonstration am 8. November. Jedes Jahr im Herbst ruft die bundesweit koordinierte Montagsdemonstrations-Bewegung zur Demonstration gegen die Regierung auf. Seit über vier Jahren organisieren bundesweit in 100 Städten Arbeitende und Arbeitslose in der Montagsdemonstrations-Bewegung den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Ausweitung von Leiharbeit und Niedrigstlöhne, gegen die Kinderarmut, die Rente mit 67 etc. Eine gute Gelegenheit, die Rechnung mit der Regierung aufzumachen, die Einheit von Arbeitern

KARL MARX  
FRIEDRICH ENGELS

MANIFEST  
DER  
KOMMUNISTISCHEN  
PARTEI

Karl Marx/  
Friedrich  
Engels,  
**Manifest der  
kommunistischen  
Partei**  
84 Seiten;  
2,30 Euro

---

Stefan Engel

**Götterdämmerung**  
über der  
»neuen Weltordnung«



Stefan Engel,  
**Götterdämmerung  
über der  
„neuen  
Weltordnung“**  
592 Seiten,  
Hardcover:  
27,00 Euro,  
Taschenbuch:  
14,80 Euro

**Verlag Neuer Weg,  
Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen  
www.people-to-people.de**

**Berlin: Samstag, 8. 11., 17.30 Uhr (Einlass 17 Uhr), Kepler-Oberschule, Zwillingestraße 21, B-Neukölln. Es spricht Monika Gärtner-Engel (stellvertretende Parteivorsitzende). Eintritt: 4 €, ermäßigt 2 €.**

und Arbeitslosen herzustellen, für ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht einzutreten und die Forderungen der Tarifrunde auf die Straße zu tragen.

Einzelne Vertrauenskörper der IGM rufen zur Teilnahme an der Demonstration auf. Umso wichtiger ist es, in den Gewerkschaften für Mobilisierung, Finanzierung und Organisation von Bussen und Fahrgemeinschaften einzutreten. Mehr Informationen unter

[www.bundesweite-montagsdemo.com](http://www.bundesweite-montagsdemo.com)



# Ein Jahr danach

Auf dem letzten IGM-Gewerkschaftstag im November 2007 war die einhellige Grundstimmung, dass die undemokratischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse endlich aufgehoben werden. Sie sind aus der Zeit des „Kalten Krieges“, und richten sich bei den Linken nur noch gegen die MLPD. Die Hälfte wollte dies sofort beschließen. Es wurde dann der Empfehlung der Antragskommission gefolgt, dies den Vorstand bzw. Beirat beschließen zu lassen, weil es sich um eine Umsetzungsfrage handele. Inhaltlich sei man sich sowieso einig.

Umso erstaunlicher ist, dass ein Jahr nach dem Gewerkschaftstag diese Aufforderung immer noch nicht umgesetzt ist.

Dies kam auch auf der 19. Bundesvertrauensleutekonferenz vom 9. bis 11. Oktober in Sprockhövel zur Sprache. Berthold Huber als Vorsitzender antwortete dann, „die MLPD stehe für die Diktatur des Proletariats, und eine Diktatur des Proletariats akzeptiere ich ums Verrecken nicht!“ Wie kann ein Vorsitzender einer Arbeiterorganisation wie der Gewerkschaft dagegen sein, dass die Arbeiter das Sagen haben? Aber selbst wenn Berthold Huber der Meinung ist, er müsse den Retter des Kapitalismus spielen, sollte der Sozialismus seinen festen Platz in der Gewerkschaftsbewegung haben. Es zeigt die „demokratische Gesinnung“ von Berthold Huber, wenn er sich über den eindeutigen Auftrag des Gewerkschaftstags als höchstes Organ der IGM hinwegsetzen will. Dafür sprach er sich auf der Bundesvertrauensleutekonferenz dafür aus, als wichtigstes Ziel bei der Bundestagswahl Schwarz/Gelb, sprich eine CDU/FDP-Regierung zu verhindern und dafür die SPD zu stärken. Abgesehen davon, dass die SPD-geführte Regierung die Agenda 2010 beschlossen und ihr alter/neuer Vorsitzender Franz Müntefering für die Rente mit 67 steht, ist der parteipolitische Missbrauch der Gewerkschaften grundsätzlich abzulehnen. Eine starke, überparteiliche, kämpferische Einheitsgewerkschaft ist gerade angesichts der künftigen Herausforderungen unverzichtbar.



## Unterstützt die Wahlzulassung der MLPD!

Damit die bürgerlichen Parteien unter sich bleiben, wurden eine ganze Reihe undemokratischer und bürokratischer Wahlbehinderungen erlassen. Nicht genug damit, dass gegen die MLPD als Arbeiterpartei eine weitgehende Mediensperre existiert, schreckt die 5-Prozent-Klausel viele Leute ab, bisher nicht im Bundestag vertretene Parteien zu wählen. Die MLPD muss, um überhaupt zur Bundestagswahl antreten zu können, erst mal 40.000 Unterschriften auf bürokratischen Formblättern sammeln. Doch davon lässt sich die MLPD als sozialistische Alternative nicht aufhalten. Die MLPD ist überzeugt, dass nur der Klassenkampf der Massen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen wird. Ihren flächendeckenden Wahlkampf in allen Bundesländern will sie in den Dienst dieser Bewegung stellen.



Dem dient auch die Organisation einer breiten Bewegung für die Mitarbeit in den Wählerinitiativen. Dort stehen die Kandidaten der MLPD/Offene Liste Rede und Antwort, kann man die MLPD in Wort und Tat kennen lernen und sich nach Kräften an der Stärkung einer sozialistischen Alternative in Deutschland beteiligen.

Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der MLPD: [info@mlpd.de](mailto:info@mlpd.de) oder Tel.: 0209/951940.

## MLPD – eine Partei der Zukunft!

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
- informiert werden über

.....



immer aktuelle Berichte unter [www.rf-news.de](http://www.rf-news.de)



Wochenzeitung der MLPD

## am besten im Abo

Ich möchte

- Einzelexemplar** 1,50 €
- Probeabo vier Wochen kostenlos**

Eine Abbestellung sollte vier Wochen vor Ende des Zahlungszeitraums erfolgen.

<p><b>Abo mit folgender Zahlungsweise:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="radio"/> <b>5,00 Euro monatlich</b> (nur per Bankeinzug möglich)</li> <li><input type="radio"/> <b>15,00 Euro vierteljährlich</b></li> <li><input type="radio"/> <b>27,50 Euro halbjährlich</b></li> <li><input type="radio"/> <b>50,00 Euro jährlich</b></li> <li><input type="radio"/> <b>50 + ..... Euro Förderabo</b> (z. B. + 25 oder + 50 Euro, frei festzulegen, u. a. zur Finanzierung der Sozialabos)</li> </ul>	<p><b>Sozialtarif für Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="radio"/> <b>28,50 Euro Jahresabo</b> Sozialtarif</li> <li><input type="radio"/> <b>15,00 Euro Halbjahresabo</b> Sozialtarif</li> <li><input type="radio"/> <b>8,50 Euro Vierteljahresabo</b> Sozialtarif</li> <li><input type="radio"/> <b>Einzelversand im Umschlag</b> + 0,20 Euro pro Ausgabe, 10,00 Euro im Jahr</li> </ul>
--	---

Bitte mit Absender einsenden an: Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen, Tel.: 02 01/2 59 15, Webshop: [www.neuerweg.de](http://www.neuerweg.de)

Zentralkomitee der MLPD: Schmalhorststr. 1c • 45899 Gelsenkirchen • 0209 951940 • Fax: 0209 9519460 • E-Mail: [info@mlpd.de](mailto:info@mlpd.de)